

Presseinformation

SPD-Regionsfraktion will kommunale „Regionsküche“ für Schulen aufbauen

Die SPD-Regionsfraktion in der Region Hannover setzt sich für den Aufbau einer kommunalen „Regionsküche“ ein, um eine gesunde, qualitativ hochwertige und familienentlastende Mittagessenversorgung an Schulen sicherzustellen. Ein entsprechender Antrag wird in die zuständigen Gremien eingebracht.

Ziel ist es, die Schulverpflegung künftig strategischer zu steuern, Qualitätsstandards verbindlich festzulegen und regionale Wertschöpfung stärker einzubeziehen. Die Verwaltung soll zunächst eine umfassende Bestandsaufnahme vornehmen, Organisationsmodelle prüfen und einen realistischen Umsetzungsplan vorlegen.

Eva Bender, Kandidatin der SPD für das Amt der Regionspräsidentin, betont die bildungs- und sozialpolitische Dimension des Vorhabens:

„Ein gesundes Mittagessen ist ein zentraler Baustein für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit. Wenn wir den Ganzttag weiter ausbauen, müssen wir auch die Qualität und Verlässlichkeit der Schulverpflegung neu denken. Mit einer kommunalen Regionsküche schaffen wir einheitliche Standards und stärken zugleich regionale Strukturen.“

Die derzeitige Situation ist durch unterschiedliche Modelle, zahlreiche Einzelverträge sowie teils stark abweichende Qualitäts- und Preisniveaus geprägt. Aus Sicht der SPD erschwert dies eine strategische Steuerung und führt zu Ungleichheiten zwischen Schulen und Kommunen.

Regina Hogrefe, Vorsitzende der SPD-Regionsfraktion, erklärt:

„Wir wollen die Mittagessenversorgung aus einer Hand denken. Eine Regionsküche bietet die Chance, Qualität verbindlich zu sichern, Versorgungssicherheit zu gewährleisten und regionale Lieferstrukturen systematisch einzubinden. Dabei legen wir Wert auf gute Arbeitsbedingungen und öffentliche Steuerung.“

Neben der Prüfung einer Eigenorganisation der Region sollen auch interkommunale Kooperationsmodelle sowie vergaberechtliche Varianten untersucht werden. Eine Vorfestlegung auf ein bestimmtes Modell erfolgt bewusst nicht. Das wird dann auch in Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen, mit denen der Antrag noch abgestimmt werden muss, erfolgen. Zudem sollen geeignete Kommunen als Modellstandorte für ein Pilotprojekt identifiziert werden.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der digitalen und sozialen Ausgestaltung: Bestell- und Bezahlssysteme sollen familienfreundlich organisiert und mit bestehenden Sozialleistungen besser verzahnt werden.

Thilo Scholz, schulpolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion, unterstreicht die pädagogische Bedeutung: „Ganztagsschule braucht mehr als Unterricht – sie braucht eine verlässliche Infrastruktur. Eine gesunde und ausgewogene Verpflegung ist Teil des Bildungsauftrags. Mit einer Regionsküche können wir Qualitätsstandards festschreiben und zugleich regionale, nachhaltige Lieferketten stärken.“

Die Verwaltung soll bis zum 15. Dezember 2026 einen Zeit- und Maßnahmenplan vorlegen, der die Ergebnisse der Bestandsaufnahme, geprüfte Organisationsformen sowie Vorschläge für Modellkommunen umfasst. Auf dieser Grundlage soll anschließend über konkrete Ausgestaltung, Finanzierung und den stufenweisen Ausbau der Regionsküche entschieden werden.

„Mit dem Antrag knüpft die SPD an frühere Initiativen zur Stärkung regionaler Lieferketten und zur Verbesserung der Schulverpflegung an und will nun den nächsten strukturellen Schritt gehen. Die SPD-Regionsfraktion bringt diesen Antrag als eigene Initiative in die Koalition ein und wird ihn nun mit dem Partner Bündnis 90/Die Grünen konstruktiv weiterentwickeln“ so die Unterbezirksvorsitzende und Abgeordnete der Regionsfraktion **Leyla Hatami**.